

Kommunale Utopien – Für ganz Bayern!

Kommunalpolitik ist den Bürger*innen in vieler Hinsicht näher, als es Landes- oder Bundespolitik sein kann. Zudem können auf kommunaler Ebene sowohl in der Klima- als auch in der Sozialpolitik entscheidende grüne Ziele umgesetzt werden. Dabei obliegt Kommunen auch, eine Zukunftsstrategie für Stadt oder Landkreis zu entwickeln. Und eine langfristig geplante Strategie ist wichtiger denn je, um das soziale Miteinander zu stärken und die Klimakrise in den Griff zu bekommen.

Wir als GRÜNE JUGEND Bayern denken über Alltagspolitik hinaus und entwerfen eine Vision für den Freistaat in 20 Jahren und darüber hinaus. Doch nicht alles muss Vision oder Utopie bleiben – unsere Forderungen entsprechen aktuellen Erkenntnissen der Stadt- und Regionalforschung und orientieren sich an Bedürfnissen von Mensch und Natur.

Nachhaltige Zukunftsstrategien entwickeln

Bayern braucht eine abgestimmte Landesentwicklungs- und Regionalplanung. In der Landesentwicklungsplanung, welche auf Landes- und Bezirksebene stattfindet, werden Ziele der Raumordnung festgehalten. Hier gilt es, den Handlungsrahmen für eine nachhaltige und zukunftsgerichtete regionale Entwicklung zu schaffen. Die GRÜNE JUGEND Bayern verweist hier im Besonderen auf das im Artikel 72 des Grundgesetzes verankerte Politikziel der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. In der Regionalplanung sollte dieses zur obersten Maxime werden.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher:

- Räumliche Entwicklung gestalten und nicht verwalten: Qualitäten des ländlichen Raums nutzen, beispielsweise Naturschutzräume schaffen und erhalten!
- Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum vorantreiben: Breitbandausbau, engmaschiger öffentlicher Verkehr mit flexiblen und bürger*innennahen Konzepten, welche jeden bayerischen Ort jeden Tag zwischen 5 und 24 Uhr mindestens stündlich mit allen möglichen und nötigen öffentlichen Transportmitteln in ein integriertes Verkehrsmanagement einbinden.
- Integrierte Regionalentwicklung mit umfassender Konfliktvorsorge vornehmen - nur so ist langfristige Planung möglich! Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Wirtschaft, Siedlungsentwicklung und Daseinsvorsorge können hier integriert werden.

Soziales Miteinander vor Ort

Ein soziales Miteinander ist für uns als GRÜNE JUGEND Bayern unabhängig von Alter, Geburtsort, Hautfarbe oder Geschlecht der Menschen in unserer Gesellschaft. Repressive Polizeikontrollen spalten die Menschen, statt sie zusammen zu bringen und kriminalisieren Unschuldige. Auch in der Geflüchtetenpolitik fordern wir aktive Kommunen, die Menschen verschiedener Hintergründe zusammenbringt und allen ein gutes Leben ermöglicht.

Konkret fordert die GRÜNE JUGEND Bayern:

- Ende von verdachtsunabhängigen polizeilichen Kontrollen in Parks, an Bahnhöfen, in Innenstädten und öffentlichen Verkehrsmitteln - Schluss mit Racial Profiling seitens der Polizei!
- Förderung kommunaler Maßnahmen (u. a. Wertschätzung von ehrenamtlichem Engagement, in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt eine Ombudstelle) gegen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Für ein solidarisches Miteinander!
- Unterstützung der Eigeninitiative von Geflüchteten bei der Wohnungssuche: Schnelle und frühzeitige Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen.
- Personal und Finanzen zur Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen mit Geflüchteten, außerdem mehr Vorbereitungsklassen und Alphabetisierungskurse zum Abbau von etwaigen Barrieren - für ein schnellstmögliches gemeinsames Lernen!

- Ausreichende Plätze in kostenlosen Deutschkursen für Geflüchtete, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer Bleibeperspektive.
- Kostenlose und über Steuern finanzierte Freizeitaktivitäten: Öffentliche Kletterwände, Parkanlagen, Museen und Bäder bringen die Menschen einer Gemeinde zusammen.

Kommunale Finanzen stärken

Oftmals steht den Kommunen, engagierten Stadt- oder Gemeinderäten vor allem eines im Weg: Die Finanzierung. Besonders finanzschwache Kommunen sehen sich mehr und mehr in ihren Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung eingeschränkt. Sie müssen hier gestärkt werden, eben um echte Visionen für ihre Gemeinde von morgen entwickeln zu können. Ziel muss dabei sein, kommunale Finanzen und kommunale Handlungsoptionen zu stärken, ohne gleichzeitig landes- oder bundesweite Mindeststandards einzuschränken.

Die fortschreitende Neoliberalisierung hat Kommunen außerdem dazu veranlasst bzw. ihnen durch finanzielle Zwänge keine andere Wahl gelassen, als dass sie eigentlich kommunale Aufgaben immer häufiger an Subunternehmen vergeben. In der Vergangenheit wurden in der Folge massiv Wasser- und Energieversorgung, Abfallverwertung etc. privatisiert und kommunale Wertschöpfung ging verloren. Finanzielle Zwänge führen auch dazu, dass wichtige Daseinsfürsorgeleistungen, wie zum Beispiel Aufgaben der Jugendämter, hauptsächlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden. So werden Tätigkeiten zum Schutz des Kindeswohles leider nicht nur nach ihrem Nutzen sondern nach ihren Kosten bewertet.

Wir fordern als GRÜNE JUGEND Bayern:

- Ende des Verkaufs von kommunalem Grund. Alternativ soll auf Erbpachterträge gesetzt werden, diese sorgen für eine nachhaltige finanzielle Ausstattung der Kommunen. Kommunen sollen vermehrt vom Vorkaufsrecht Gebrauch machen und Grundstücke zurückkaufen.
- Eine Grundsteuer, die es den Kommunen erlaubt Anreize für die Entwicklung und Nutzung leerstehender Grundstücke im Innenbereich zu setzen, indem dieser Grund höher besteuert wird.
- Ende der Deregulierung und Privatisierung. Grundversorgung soll als kommunale Aufgabe begriffen werden und wenn nötig, staatlich unterstützt werden.
- Staatliche Unternehmen sollten kommunalen Parlamenten unterstehen – Es soll geprüft werden, inwiefern Bundes- oder Landesunternehmen kommunal verwaltet werden können.
- Mehr Investitionen in genossenschaftliches Wohnen und eine Förderung des Mietwohnungsbaus
- Flächensparende Erschließung von neuen Bau- und Siedlungsgebieten. Die Zukunft liegt für uns nicht im Einfamilienhaus auf der grünen Wiese, sondern in der ökologisch und sozial nachhaltigen Nachverdichtung auf innerstädtischen Bauplätzen.
- Der Einsatz von am Kindeswohl orientierten, standardisierten Diagnostikinstrumenten in kommunalen Jugendämtern.

Solidarisches Miteinander der Kommunen

Viele Gemeinden in Bayern leiden unter dem Teufelskreis Fehlende Steuereinnahmen – fehlende Investitionen – fehlendes Gewerbe – und dadurch: Fehlende Steuerabgaben. Die Gewerbesteuer ist an sich ein höchst ungeeignetes Instrument, um Kommunen zum solidarischen Miteinander zu bewegen. Die massive und kontinuierliche Standortkonkurrenz, mit der Regionen gegeneinander ausgespielt werden, muss daher beendet werden. Es braucht eine Zusammenarbeit vor Ort und auf anderen Ebenen, um gemeinsam an nachhaltigen Zukunftsstrategien zu arbeiten.

Wir als GRÜNE JUGEND Bayern fordern hier:

- Verzahnte Regionalplanung der bayerischen Kommunen mit Planung auf langem Horizont, beispielsweise 50 Jahre.

- Effektive und vertiefte interkommunale Zusammenarbeit – ein Ende des „Kirchturmdenkens“ von Gemeinden. Dies betrifft besonders Fragen und Lösungen in Sachen Daseinsvorsorge.
- Ende der derzeitigen Gewerbesteuer, die Kommunen dazu zwingt, stets neue Gewerbegebiete auszuweisen und den Flächenfraß voranzutreiben.
- Solidarische Verteilung von Gewerbesteuer und anderen Einnahmen – zu prüfen sind verstärkte Finanzausgleiche.
- Die Erstellung und Durchführung eines Gender-Budgetings in jeder Kommune.

Über Grenzen hinaus denken

Die Probleme, denen bayerische Kommunen heute begegnen, beschränken sich nicht auf dieses Bundesland. Der Binnenmarkt der Europäischen Union zeigt auch auf kommunaler Ebene Folgen – Nicht nur positive. Der vertiefte europäische Wettbewerb, z. B. bei Projektausschreibungen, benachteiligt häufig regionale Wertschöpfung. Hierfür müssen neue Modelle und Gegenstrategien gefunden werden.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert:

- Vertiefte grenzüberschreitende Zusammenarbeit, um kommunal auftretende Probleme als Teil transnationaler Wirkungsbeziehungen zu begreifen
- Sinnvoller transnationaler Erfahrungsaustausch, Nutzen von Erkenntnissen aus Modellregionen und Forschung in anderen EU-Staaten.
- Gleichberechtigtes Nebeneinander europäischer Kommunen: Diese sollen auf EU-Ebene nicht nur gehört, sondern ernsthaft in den politischen Prozess eingebunden werden.
- Ausstattung des Europäischen Ausschusses der Regionen mit dafür adäquaten Mitteln, maßgebliche Einbindung in Gesetzgebungsprozesse.
- Ein „Europa der Regionen“ als erster Schritt zu einem grenzenlosen Europa und final zu einer Welt ohne Grenzen!